

REPORT BERLIN

Bericht aus dem
Deutschen Bundestag
von Carsten Müller

03/2017



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

der Untersuchungsausschuss zur **Aufklärung der Abgasaffäre** ist in dieser Woche mit gleich zwei Sitzungen auf die Zielgerade eingebogen. Zeuge am Donnerstag war Niedersachsens SPD-Ministerpräsident und Volkswagen-Aufsichtsratsmitglied **Stephan Weil**.

Auch wenn er den Vorwurf von Ferdinand Piëch zurückwies, unter anderem ihn schon früh über den Dieselmotortrug informiert zu haben, ist doch eines sehr verwunderlich: Als Ministerpräsident des VW-Stammlandes, als Mitglied des VW-Aufsichtsrates und als Repräsentant eines wichtigen Minderheitsaktionärs habe er vom Skandal in den USA am Samstag, den 19. September 2015 durch die Tagesschau erfahren. Besonders erstaunlich ist, dass er sich daraufhin nicht sofort selbst Informationen bei Volkswagen einholte, sondern das Wochenende abwartete und erst am folgenden Montag nachfragte. Das wird der großen Verantwortung, die Ministerpräsident Weil in seinen verschiedenen Funktionen trägt, in keiner Weise gerecht. In einer solchen Situation hätte ich erwartet, dass man sofort zum Telefonhörer greift und sich informieren lässt – vor allem, da Weil immer wieder davon spricht, wie wichtig Volkswagen für Niedersachsen ist. Fakt ist: Als Ministerpräsident Weil noch zu Hause auf dem Sofa saß, reagierte Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt umgehend und leitete erste Schritte zur Aufklärung ein.

Grundsätzlich bleibt als Zwischenfazit des Untersuchungsausschusses festzuhalten: Vor den Enthüllungen rund um Volkswagen im September 2015 hat es **keinerlei Hinweise auf illegale Abschaltvorrichtungen** oder Manipulationen gegeben. Von einem Staatsversagen, von dem Linke und Grüne immer wieder sprechen, kann absolut keine Rede sein. Vielmehr hat das Bundesverkehrsministerium die Aufklärung schnell und umfassend vorangetrieben. Dabei wurde auch darauf hin gearbeitet, neue Testverfahren rasch zu etablieren und unbestimmte Regelungen auf europäischer Ebene zu ändern.

In dieser Woche haben wir im Deutschen Bundestag ein unmissverständliches Signal gesetzt, dass wir **Gewalt gegenüber Einsatzkräften** nicht hinnehmen. Wer Polizisten oder Rettungskräfte gewalttätig angreift, muss hart bestraft werden. Ein Angriff auf sie, ist ein Angriff auf die öffentliche Sicherheit. Deshalb ist es gut und richtig, der Strafrahmen für Angriffe verschärft und Täter zukünftig härter bestraft werden. Das ist ein überfälliger Schritt, dem sich die SPD lange verweigert hat – und das, obwohl die Übergriffe auf Polizisten und Rettungskräfte zunehmen. Polizisten und Rettungskräfte haben großen Respekt und Wertschätzung verdient: Sie tragen zu einem funktionierenden Gemeinwesen bei, sie stehen für Sicherheit und Ordnung, sie helfen in Notsituationen, sie setzen Recht und Gesetz durch. Deshalb ist es umso wichtiger, dass ihr Schutz oberste Priorität genießt.

Mit herzlichen Grüßen aus Berlin

Carsten Müller

Berlin, 17. Februar 2017



Carsten Müller
Mitglied des
Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227 – 73298
Fax: 030/227 – 76298
carsten.mueller@bundestag.de
www.carsten-mueller.com

Föderalismus weiterentwickeln

In dieser Sitzungswoche wurde die umfassende Gesetzesänderung mit Reformen des föderalen Finanzgefüges und der Aufgabenerledigung im Bundesstaat anberaten. Vorgesehen ist, den Ausgleich der Finanzkraft der Länder nicht wie bisher durch einen Finanzausgleich unter den Ländern vorzunehmen, sondern im Rahmen der Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer. Die Bundesregierung schlägt vor, dass sich der Bund zu einer zusätzlichen finanziellen Beteiligung bereit erklärt, die im Jahr 2020 rund 9,5 Milliarden Euro betragen wird. Alle Länder stellen sich dadurch besser und können die Schuldenbremse ab 2020 sicher einhalten. Der Stabilitätsrat wird gestärkt und überwacht die Einhaltung der Schuldenbremse zukünftig auch auf Länderebene. Daneben sind Reformen vorgesehen, um bestimmte Aufgaben besser und effizienter zu erledigen. Dazu gehören eine beim Bund angesiedelte Infrastrukturgesellschaft Verkehr, ein zentrales Bürgerportal für öffentliche Online-Anwendungen und eine beschränkte Mitfinanzierung der Bildungs-Infrastruktur finanzschwacher Kommunen. Zudem erhält der Bundesrechnungshof zusätzliche Erhebungsrechte durch den Bund, und eine engere Koordination des bundesweiten Steuervollzugs wird eingeführt. Gelingt der Abschluss dieser Reform, besteht für Bund und Länder finanzielle Planungssicherheit für die Jahre ab 2020 bis mindestens 2030.

Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen

Gleiche Bezahlung von Frauen und Männern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit muss eine Selbstverständlichkeit sein. Niemand möchte, dass seine Töchter schlechter bezahlt werden als seine Söhne. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, wurde deshalb in erster Lesung ein Entgelttransparenzgesetz beraten, um das Verbot der Lohndiskriminierung in der Praxis durchzusetzen und um zu ermöglichen, dass geschlechtsbezogene Diskriminierung bei der Bezahlung leichter erkannt und beseitigt werden kann.

Gesetz zur Bekämpfung der Steuerumgehung

Auf nationaler Ebene werden mit dem Gesetz zur Bekämpfung der Steuerumgehung die erforderlichen Konsequenzen aus den Enthüllungen im Zuge der sogenannten „Panama Papers“ gezogen. Mit dem Gesetzentwurf, der in erster Lesung beraten wurde, wird inländischen Steuerpflichtigen die Möglichkeiten erschwert, mittels Briefkastenfirmen in Steueroasen ihre Steuerpflichten in Deutschland zu umgehen. Hierfür sollen Mitwirkungspflichten erweitert, neue Anzeigepflichten für Banken eingeführt und die Finanzverwaltung mit umfassenden Ermittlungsbefugnissen ausgestattet werden.

Änderung des Strafgesetzbuches bei extremistischen Straftätern

In erster Lesung wurde einen Gesetzentwurf beraten, um die Weisung zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung (elektronische Fußfessel) bei verurteilten extremistischen Straftätern nach der Entlassung in zwei Punkten auszuweiten. Eine elektronische Aufenthaltsüberwachung soll auch bei den Vergehen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, Terrorismusfinanzierung, der Unterstützung einer in- oder ausländischen terroristischen Vereinigung und des Werbens um Mitglieder oder Unterstützer für Selbige nach der Verbüßung von Haftstrafen möglich sein. Darüber hinaus sollen für die Anordnung künftig zwei, statt wie derzeit drei Jahre Haft ausreichend sein.



Mehrgenerationenhaus Braunschweig erhält weiter Bundesförderung

Sehr erfreuliche Nachrichten für das Mehrgenerationenhaus des Mütterzentrums Braunschweig gab es bereits Ende vergangener Woche: Diese Einrichtung wird weiter gefördert und erhält bis 2020 jährlich 30.000 Euro vom Bund. Über diese Nachricht habe ich mich sehr gefreut. Schließlich ist das Mehrgenerationenhaus ein Leuchtturm unserer Stadt – es hat jede Unterstützung verdient. Markenzeichen sind vorbildhafte Arbeit, ein kluges, weitsichtiges Konzept, unermüdlicher Einsatz und gute Ideen gepaart mit dem Wissen, was die Menschen bewegt. Für Braunschweig ist es gut und wichtig, dass das Mehrgenerationenhaus seine Arbeit als Anlaufstelle sowie Begegnungsort für alle Generationen und Menschen jeder Herkunft fortführen kann.

Abgas-Untersuchungsausschuss



Der Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Abgas-Affäre kam in dieser Woche gleich zu zwei Sitzungen zusammen. Zeuge dabei war auch Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil.

Optimistischer Mittelstand – DIHK hebt Wachstumsprognose an

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hebt trotz außenpolitischer Risiken seine Wachstumsprognose für das laufende Jahr an. So geht der Spitzenverband nun von einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,6 Prozent aus - im vergangenen Oktober hatte der DIHK nur mit 1,2 Prozent kalkuliert. 2016 hatte die deutsche Wirtschaftsleistung um 1,9 Prozent zugelegt. Angetrieben wird der Aufschwung vor allem von der Industrie mit einem anziehenden Export und von der Bauwirtschaft. (Quelle: dpa)

Deutsche Wirtschaft Ende 2016 wieder kräftig gewachsen

Die Konjunktur in Deutschland hat Ende 2016 deutlich an Schwung gewonnen. Das Bruttoinlandsprodukt legte zwischen Oktober und Dezember um 0,4 Prozent zum Vorquartal zu, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Ökonomen hatten zwar etwas mehr erwartet, aber im Sommer fiel das Wachstum mit 0,1 Prozent auch schwächer aus als ursprünglich gedacht. Im Herbst sorgten dann erneut die Ausgaben der öffentlichen Hand für Flüchtlinge und der Bauboom für Impulse. Zudem steigerten die Verbraucher ihren Privatkonsum leicht. (Quelle: Reuters)